

http://www.focus.de/finanzen/steuern/tid-30987/steuerplaene-der-opposition-tausende-euro-mehr-mit-rot-gruen-wirds-fuer-die-steuerzahler-teuer_aid_979350.html

Steuerpläne der Opposition

Tausende Euro mehr – Mit Rot-Grün wird's für die Steuerzahler teuer

Freitag, 03.05.2013, 14:36 · von FOCUS-Online-Redakteur [Markus Voss](#)



Ab September dpa / Robert Schlesinger/Archiv
Koalitionspartner? SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin.

Der Fahrplan steht: SPD und Grüne haben auf ihren Parteitagen zusammen mit dem Parteiprogramm auch ihre Steuerpläne verabschiedet. Volkswirte und Steuerexperten sind entsetzt. FOCUS Online rechnet vor, was Sie die Rot-grünen Steuerpläne kosten würden.

Reiner Holznagel ist außer sich: „Die Steuerpläne der Grünen sind eine Kampfansage an die Mittelschicht in Deutschland“, sagt der Präsident des Bundes der Steuerzahler. Mit den geplanten Erhöhungen im Einkommensteuertarif würden mittlere Einkommen deutlich stärker belastet. Darüber hinaus würden die Steuerpläne der Grünen auch kleine Einkommen beuteln, „insbesondere wenn es um Ehen geht, in denen die

Eheleute unterschiedliche Einkommen erzielen“, warnt Holznagel. Hinzu kämen unter einen grünen Regenschaft weitere Belastungen, etwa durch die Änderung der Dienstwagenbesteuerung

Nach Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler werden Angestellte mit einem jährlichen Bruttoeinkommen bis zu 60 000 Euro tatsächlich geringfügig entlastet. Allerdings um maximal 153 Euro im Jahr (s. Tabelle). Dagegen schlägt die Ökopartei oberhalb dieser Marke rigoros zu: Bei 80 000 Euro Bruttoeinkommen steigt die Steuerlast bereits um 1000 Euro gegenüber dem bisherigen Tarif, wer 100 000 Euro verdient, muss bereits 2899 Euro mehr berappen.

Berechnung beim geltenden Einkommensteuertarif 2013 und dem Vorschlag der Grünen: Erhöhung Grundfreibetrag auf 8712 Euro, Verlängerung der zweiten Progressionszone bis 60.000 Euro, Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent.

Bruttoeinkommen	Steuern nach geltendem Tarif	Steuern nach Vorschlag der Grünen	Änderung
10.000	1.000	1.000	0
20.000	2.000	2.000	0
30.000	3.000	3.000	0
40.000	4.000	4.000	0
50.000	5.000	5.000	0
60.000	6.000	6.000	0
70.000	7.000	7.000	0
80.000	8.000	9.000	1.000
90.000	9.000	10.000	1.000
100.000	10.000	12.899	2.899

Grundfreibetrag: 8712 Euro, Spitzensteuersatz: 49 Prozent, Progressionszone: 60.000 Euro

Karl-Bräuer-Institut des
Bundes der Steuerzahler,
Stand Mai 2013

Das Steuermodell der Grünen

Die Tabelle zeigt die Steuermehr- bzw. minderbelastung nach dem Steuerkonzept der Grünen im Grundtarif (Steuerklasse I, IV).

Wichtigste Änderungen sind:

- **Anhebung des Grundfreibetrags** auf 8712 Euro;
- **Verlängerung der zweiten Progressionszone** bis 60 000 Euro bei einem Steuersatz von 45 Prozent;
- der **Spitzensteuersatz von 49 Prozent** greift ab einem Jahresbruttoeinkommen von 80 000 Euro

Besonders misslich für Ehepaare: Ihren Splittingvorteil wollen die Grünen

Das Steuermodell der Grünen führt ab 62 000 Euro Jahresbrutto zu höheren Belastungen

abschaffen. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) belastet das grüne Steuerkonzept Verheiratete, bei denen nur ein Partner verdient, von einem Monatseinkommen von 5300 Euro an. Nach Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts bedeutet steigt die monatliche Steuerlast bereits ab monatlichen Bruttoeinkommen von 6200 Euro um 116 Euro – im Monat. Bei 8000 fehlen gegenüber dem heutigen Tarif es schon 301 Euro in der Familienkasse.

Frank Hechtner, Professor für angewandte Steuerlehre, hat für die „Süddeutsche Zeitung“ noch drastischere Zahlen errechnet. Danach muss ein in Westdeutschland lebendes Ehepaar, das im Monat zusammen 10 600 Euro brutto verdient, mit einem monatlichen Steuernachteil von fast 600 Euro rechnen, also 7200 Euro im Jahr.

Familien könnten stärker belastet werden als Alleinstehende

Dem Steuerkonzept der Grünen fehle „leider die Gesamtsicht“, warnt die frühere Grüne Steuerexpertin Christine Scheel. Sie hält das neue Parteiprogramm für „brandgefährlich“. Alles zusammen genommen könne es „durchaus passieren, dass eine Familie mit einem Einkommen von 60 000 bis 70 000 Euro mehr belastet wird als ein Alleinstehender“, sagte sie dem „Handelsblatt“.

Am SPD-Steuermodell überrascht dagegen, dass überhaupt keine Einkommensschicht entlastet werden soll, auch nicht die Geringverdiener. Dafür schlägt der SPD-Steuertarif ab 70 000 Euro brutto erstmals zart zu: für diese Verdienstgruppe steigt die Steuerlast um 37 Euro im Jahr. Wer 80 000 Euro verdient, muss im SPD-Modell jährlich 262 Euro mehr Steuern zahlen. Bei 100 000 Euro Bruttojahreseinkommen greift zudem der neue Spitzensteuersatz von 49 Prozent. In dieser Kategorie sind 1329 Euro zusätzlich fällig.

Beitrag zum jährlich erschienenen **Wirtschaftsbarometer 2013** und zum Bericht der **WIFO** über die **Wirtschaftsentwicklung 2013**. Einmal eine erste Prognose der **Wirtschaftsentwicklung 2013** auf der Basis der **WIFO** Prognose.

β	β	Estimate	β
non-informative informative	Informative non-informative	Informative non-informative	Estimate for β non-informative
0.000	0.000	0.000	0.000
0.005	0.005	0.005	0.005
0.010	0.010	0.010	0.010
0.015	0.015	0.015	0.015
0.020	0.020	0.020	0.020
0.025	0.025	0.025	0.025
0.030	0.030	0.030	0.030
0.035	0.035	0.035	0.035
0.040	0.040	0.040	0.040
0.045	0.045	0.045	0.045
0.050	0.050	0.050	0.050
0.055	0.055	0.055	0.055
0.060	0.060	0.060	0.060
0.065	0.065	0.065	0.065
0.070	0.070	0.070	0.070
0.075	0.075	0.075	0.075
0.080	0.080	0.080	0.080
0.085	0.085	0.085	0.085
0.090	0.090	0.090	0.090
0.095	0.095	0.095	0.095
0.100	0.100	0.100	0.100
0.105	0.105	0.105	0.105
0.110	0.110	0.110	0.110
0.115	0.115	0.115	0.115
0.120	0.120	0.120	0.120
0.125	0.125	0.125	0.125
0.130	0.130	0.130	0.130
0.135	0.135	0.135	0.135
0.140	0.140	0.140	0.140
0.145	0.145	0.145	0.145
0.150	0.150	0.150	0.150
0.155	0.155	0.155	0.155
0.160	0.160	0.160	0.160
0.165	0.165	0.165	0.165
0.170	0.170	0.170	0.170
0.175	0.175	0.175	0.175
0.180	0.180	0.180	0.180
0.185	0.185	0.185	0.185
0.190	0.190	0.190	0.190
0.195	0.195	0.195	0.195
0.200	0.200	0.200	0.200
0.205	0.205	0.205	0.205
0.210	0.210	0.210	0.210
0.215	0.215	0.215	0.215
0.220	0.220	0.220	0.220
0.225	0.225	0.225	0.225
0.230	0.230	0.230	0.230
0.235	0.235	0.235	0.235
0.240	0.240	0.240	0.240
0.245	0.245	0.245	0.245
0.250	0.250	0.250	0.250
0.255	0.255	0.255	0.255
0.260	0.260	0.260	0.260
0.265	0.265	0.265	0.265
0.270	0.270	0.270	0.270
0.275	0.275	0.275	0.275
0.280	0.280	0.280	0.280
0.285	0.285	0.285	0.285
0.290	0.290	0.290	0.290
0.295	0.295	0.295	0.295
0.300	0.300	0.300	0.300
0.305	0.305	0.305	0.305
0.310	0.310	0.310	0.310
0.315	0.315	0.315	0.315
0.320	0.320	0.320	0.320
0.325	0.325	0.325	0.325
0.330	0.330	0.330	0.330
0.335	0.335	0.335	0.335
0.340	0.340	0.340	0.340
0.345	0.345	0.345	0.345
0.350	0.350	0.350	0.350
0.355	0.355	0.355	0.355
0.360	0.360	0.360	0.360
0.365	0.365	0.365	0.365
0.370	0.370	0.370	0.370
0.375	0.375	0.375	0.375
0.380	0.380	0.380	0.380
0.385	0.385	0.385	0.385
0.390	0.390	0.390	0.390
0.395	0.395	0.395	0.395
0.400	0.400	0.400	0.400
0.405	0.405	0.405	0.405
0.410	0.410	0.410	0.410
0.415	0.415	0.415	0.415
0.420	0.420	0.420	0.420
0.425	0.425	0.425	0.425
0.430	0.430	0.430	0.430
0.435	0.435	0.435	0.435

Karl-Bräuer-Institut des
Bundes der Steuerzahler,
Stand Mai 2013
Der Steuertarif der SPD
führt ab 70 000 Euro
Jahresbrutto zu einer
höheren Steuerlast.

Das Steuermodell der SPD

Die Tabelle zeigt die Steuer mehr- bzw. minderbelastung nach dem Steuerkonzept der SPD im Grundtarif (Steuerklasse I, IV).

Die wichtigsten Änderungen sind:

- **Bisheriger Spitzensteuersatz** von 42 Prozent **gilt nur noch bis maximal 64 000 Euro**;
 - **Einbau einer dritten Progressionszone** zwischen 64 000 und 100 000 Euro;
 - **Neuer Spitzensteuersatz von 49 Prozent** 100 000 Euro
- Jahresbruttoeinkommen

Abgesehen von der Einkommensteuer werde die Steuerpolitik der Grünen auch negative Folgen für den Arbeitsmarkt haben, warnt Steuerzahler-Chef Holznapel. „Beispielsweise wird die geplante Substanzbesteuerung in Form einer Vermögensabgabe und auch einer Vermögenssteuer gerade bei mittelständischen Unternehmen, die das wirtschaftliche Rückgrat in Deutschland sind.“ Ihm sei der Fall eines Unternehmens mit derzeit rund 350 Angestellten dieser Steuerpolitik keine weiteren Einstellungen mehr vornehmen wolle, „weil das Eigenkapital für die Steuerschuld benötigt wird. Sollte sich die Wirtschaftslage entspannen, werden Entlassungen mehr als wahrscheinlich“, glaubt der Steuerzahler-Präsident.

Bis zu 80 Prozent Steuerlast für Unternehmer

Für noch größeren Unmut sorgt bei den Unternehmern der Plan einer Vermögensabgabe von 1,5 Prozent, die die Grünen zehn Jahre lang erheben wollen, um damit die Staatsschulden zu senken. Stichtag dafür soll rückwirkend der 1. Januar 2010 sein, die Abgabe würde 2014 erstmals erhoben. Die Grünen rechnen mit Zusatzeinnahmen von 100 Millionen Euro.

Dass die Partei den Unternehmern einen Freibetrag von fünf Millionen Euro einräumen will, besänftigt diese nicht. Nach Berechnungen der Stiftung Familienunternehmen könnte die Steuerlast für Betriebe glatt auf 80 Prozent steigen. Zugrunde gelegt wurde ein Vermögenswert von zehn Millionen Euro und eine jährliche Rendite von fünf Prozent, also 500 000 Euro Gewinn im Jahr. In diesem Szenario würden nach den grünen Steuerplänen 400 000 Euro – oder 80 Prozent des jährlichen Ertrags – an den Fiskus abfließen: 250 000 Euro als Einkommensteuer und 150 000 Euro in Form der Vermögensabgabe.

In Frankreich ist der Plan schon gescheitert

„Sogar die französische Regierung hat von solchen konfiskatorischen Steuersätzen inzwischen Abstand genommen“, sagte Berthold Welling, Steuerabteilungsleiter des BDI, dem „Handelsblatt“. Der Mainzer Steurrechtler Hanno Kube hält die geplante Vermögensabgabe schlicht für verfassungswidrig. Laut Grundgesetz sei eine solche Abgabe nur zulässig, wenn die damit zu deckenden Lasten aufgrund eines einzigartigen Notstands entstanden seien.

Auch die Arbeiter und Angestellten würden durch die Steuerpläne von Rot-Grün zusätzlich zur Kasse gebeten, warnt Holznagel. So wolle die Ökopartei etwa die **kalte Progression** beibehalten. „Auch hiervon sind gerade kleinere und mittlere Einkommen stark betroffen. Eine nachhaltige Steuerpolitik für Deutschland sind die Pläne der Grünen damit leider nicht“, sagt der Präsident des Steuerzahlerbundes.

Der Bevölkerung werde all das verschwiegen, ärgert sich Holznagel. „Was Grüne und SPD eint, ist, dass sie bei konkreten Beispielen mit hohen Freibeträgen und Ausnahmeregelungen ihre eigenen Pläne entschärfen. So will man im Ernstfall glaubhaft machen, dass es ja nur ganz wenige sind, die die hohen Steuern zahlen werden.“ Seltsamerweise blieben die erwarteten Einnahmen trotz dieser Beschwichtigungsversuche unverändert hoch, das aber könne nicht sein. „Hier verschweigt man sogar den enormen Verwaltungsaufwand beispielsweise bei der Erhebung der Vermögensabgabe wider besseren Wissens“, so Holznagel.

Beide haben keine Sparpläne im Programm

„Sehr interessant“ findet der Steuerzahler-Chef, dass weder Grüne noch SPD irgendwelche Sparpläne in ihren Programmen verankert haben. Zwar sprächen die Grünen in Verbindung mit der Vermögensabgabe von Schuldenabbau, „aber ansonsten feiern die möglichen Koalitionäre eine heftige Ausgabenparty“. Das sei vor dem Hintergrund der europäischen Krise kein Lichtblick.

Derweil versuchen die Grünen-Spitzenkandidaten Jürgen Trittin und Claudia Roth die Wogen zu glätten. Sie wollten „alle Bürger entlasten, die weniger als 60 000 Euro im Jahr verdienen“, sagen sie. Eine heikle Position, wie das „Handelsblatt“ feststellt. Denn die Grüne Parteispitze übersieht dabei, dass große Teile ihrer Wählerschaft zu den Besserverdienenden gehören: Nach Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts Forsa sind 40 Prozent der Grünen-Wähler Beamte im öffentlichen Dienst – und weisen im Schnitt ein höheres Haushaltseinkommen auf als Wähler der FDP.

